

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU**Keine unzulässigen Energiepreiserhöhungen**

Der bremische Energieversorger swb AG hat mit Wirkung zum 1. Oktober 2004 eine Erhöhung der Gaspreise um 0,25 Ct/kwh beschlossen. Bereits jetzt ist angekündigt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher noch einmal zum 1. Januar 2005 mit derselben Erhöhung belastet werden sollen. U. a. mehrere Tausend Einzelpersonen und die Verbraucherzentrale protestieren gegen diese Kostensteigerungen, die auch bei anderen Energieversorgern bundesweit zu beobachten sind. Das Bundeskartellamt prüft zurzeit stichprobenartig, ob aufgrund der Monopolsituation der Energieversorger die Preisentwicklung überzogen ist und gestoppt werden kann.

Mit der anstehenden Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes soll der ungezügelter Preisentwicklung Einhalt geboten werden. Gaspreiserhöhungen sollen rückwirkend zum 1. August 2004 durch eine neu eingerichtete Regulierungsbehörde kontrolliert werden. Zukünftig sollen nach dem Gesetzentwurf beabsichtigte Preiserhöhungen im Vorhinein geprüft werden.

Jetzt ist bekannt geworden, dass zudem der Strompreis für die Bremer Kundinnen und Kunden ebenfalls erhöht werden soll. Die Energieleitstelle als zuständige Kontrollbehörde in Bremen hat über dieses Ansinnen noch nicht entschieden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich bei der Beratung des Energiewirtschaftsgesetzes im Bundesrat
 - für die Errichtung einer Regulierungsbehörde einzusetzen,
 - alle Möglichkeiten für eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes auszuschöpfen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet weiterhin vom Senat eine konsequente Überprüfung der angekündigten Strompreiserhöhung mit dem Ziel, unzulässige Preiserhöhungen zu verhindern.

Dr. Karin Mathes, Anja Stahmann,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Joachim Schuster,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Frank Imhoff,
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU